

## Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Zweihundsechzigste Sitzung vom 3. März.

Präsident v. Fockenberg eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Ministertische: Mehrere Regierungs-Kommissare.

Durch ein Schreiben des Ministers der landwirtschaftlichen Angelegenheiten wird der Entwurf eines Fischerei-Polizei-Gesetzes für die Rheinprovinz u. aus den Verhandlungen des Landtages zurückgezogen.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, kommt der Präsident auf den Vorgang am Schlusse der gestrigen Sitzung zurück, indem er die Bitte an die Mitglieder richtet, statt bis zum Schlusse der Sitzung, nach Feststellung der Tagesordnung anwesend zu bleiben. Bei dem nahen Schlusse der Sitzung drehen sich um die Festsetzung der Tagesordnung verschiedene Interessen. Könnte die Tagesordnung am Schlusse der Sitzung nicht festgestellt werden, so leiden darunter die Interessen des Hauses und mittelbar die Interessen des Landes.

Der Minister des Innern zeigt mittelst Schreibens an, daß der Ministerpräsident krank sei und deshalb der heutigen Sitzung des Hauses nicht beiwohnen könne. Nach dieser offiziellen Mitteilung schlägt der Präsident vor, den Antrag des Abg. Löwe, betreffend die Kartellkonvention mit Rußland, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Lasker: Er habe gestern sehr eifrig befürwortet, daß der Antrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde, weil es ihm erwünscht erschiene, eine Wiederholung der Ausführungen des Berichterstatters, Abg. Gneist, eintreten zu lassen, der einen der wichtigsten Artikel der Verfassung nahezu als unbesonnen hingestellt habe. Allein das Schreiben des Ministers des Innern und der Umstand, daß gestern ein großer Theil der Mitglieder das Haus verlassen, offenbar um dasselbe beschlußfähig zu machen, leite ihn heute dazu, für die Absetzung von der Tagesordnung zu stimmen. Von dem Rechte, das Haus beschlußfähig zu machen, dürfe nur dann ein Gebrauch gemacht werden, wenn eine Minorität illegaler Weise überwältigt werde. Dieser Fall lag gestern nicht vor, und da dem Anscheine nach die Majorität gestern für Absetzung von der Tagesordnung war, so erfordere es die ausgleichende Gerechtigkeit, daß der Gegenstand heute von der Tagesordnung abgesetzt werde. (Beifall rechts.)

Abg. Gneist: Der Gegenstand sei von der Art, daß er nicht verhandelt werden könne, wenn der Ministerpräsident erkläre, daß er verhindert sei, an der Debatte Theil zu nehmen.

Abg. v. Hoverbeck: Ich bitte, den Gegenstand auf der heutigen Tagesordnung zu belassen, um nicht das Schauspiel zu geben, daß der Antrag eines Mitgliedes, der unmittelbar nach dem Beginne einer mehrmonatlichen Session eingebracht worden, nicht zur Erledigung gelange. Die Schlussbemerkung Lasker's könne nicht entscheidend sein, denn man könne keinem Abgeordneten das Recht, das Haus zu verlassen, beschränken. Ihn treffe der Vorwurf nicht; denn er sei anwesend geblieben; aber aus dem Fortgange der anderen Mitglieder dürften keine Folgerungen gezogen werden.

Abg. Waldeck empfiehlt ebenfalls, den Gegenstand auf der heutigen Tagesordnung zu belassen. Das große Interesse, welches alle Staatsmännern an dieser ganz unerhörten Sache — der Kartellkonvention — hätten, lasse es gerechtfertigt erscheinen, die Sache nicht von der Tagesordnung abzusetzen.

In demselben Sinne erklärt sich der Abg. Eberty, welcher noch bemerkt, daß man sehe, wie die Staatsregierung dieser Verhandlung alle Hindernisse in den Weg lege (oho! rechts). Es handle sich hierbei um die Interessen des konstitutionellen Lebens und um die Interessen des Landes und der Freiheit. (Heiterkeit rechts.)

Abg. v. Bockum-Dolffs beantragt, den Antrag auf die Tagesordnung vom Freitag zu setzen, welchem Antrage sich der Abg. Twesten anschließt, welcher noch empfiehlt, die Sache an erster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Präsident erklärt, daß er nur über den Antrag auf Absetzung der Sache von der heutigen Tagesordnung abstimmen lassen könne, da nach der Geschäftsordnung die Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung nur am Schlusse der Sitzung erfolgen könne.

Abg. v. Hoverbeck: Das Haus könne jeden Augenblick einen Beschluß über eine vorzunehmende Verhandlung fassen. Die Ansicht des Präsidenten halte er für eine Verminderung der Rechte des Hauses. (Widerpruch.)

Abg. Graf Bethusy-Huc protestirt gegen jedes Abweichen von der Geschäftsordnung.

Abg. Graf Schwerin: Sollte der Ministerpräsident am Freitag noch krank sein, so würde auch dann dieser Antrag nicht berathen werden können.

Präsident v. Fockenberg weist die Bemerkung des Abgeordneten v. Hoverbeck als eine unberechtigte Kritik seines geschäftsordnungsmäßigen Verfahrens zurück. (Beifall rechts.)

Bei der Abstimmung wird die Absetzung des Antrages Dr. Löwe von der Tagesordnung mit sehr großer Majorität beschloffen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung: Ahermalige Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Ueberweisung der Dotationsfonds, der Hilfsklassen an die provinzial- und kommunalständischen Verbände der acht älteren Provinzen der Monarchie. — Das Herrenhaus hat bekanntlich den §. 3 des Gesetzentwurfes wegen Ueberweisung der Bestände an die im Art. 105 der Verfassung vorgesehene Reorganisation der Provinzen und ihrer Vertretungen abgeändert und die Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Der Referent Abg. v. Brauchitsch (Platow) beantragt die Genehmigung des Beschlusses des Herrenhauses, der Korreferent Abg. Twesten beantragt die Wiederherstellung der früher vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung des §. 3. — Es erhebt sich über diese Anträge abermals eine kurze Debatte, an welcher sich die Abgg. Dr. Waldeck, v. Hoverbeck, Scharnweber, Graf Schwerin, und die Referenten beteiligen. Nach Beendigung der Diskussion genehmigt das Haus den Antrag des Abg. Twesten bei Zählung mit 145 gegen 143 Stimmen. Bei der darauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung wird der Antrag Twesten abermals mit 151 gegen 146 Stimmen angenommen. — Die Vorlage muß in Folge dessen nochmals an das Herrenhaus zurückgehen.

Inzwischen sind die Minister v. d. Heydt, von Seelow und Dr. Leonhardt erschienen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die wiederholte Verhandlung des Gesetzentwurfes, betreffend die juristischen Prüfungen und die Vorbereitungszeit zum höheren Justizdienste. Das Herrenhaus hat in den §§. 6 und 12 die vierjährige Vorbereitungszeit, wie sie in der Regierungsvorlage enthalten war, und welche das Abgeordnetenhaus auf 3 Jahre herabgesetzt hat, wieder hergestellt. — Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat den Gesetzentwurf abermals berathen, ist indeß zu keinem Beschlusse gekommen, da sowohl die Beschlüsse des Herrenhauses, wie die ursprünglichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses mit Stimmengleichheit abgelehnt worden sind.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 1) Abg. Twesten beantragt, die dreijährige Vorbereitungszeit wiederherzustellen; 2) Abg. Lesje beantragt, für den Fall der Annahme der Beschlüsse des Herrenhauses zu den §§. 6 und 12, den §. 7 folgendermaßen zu fassen: „Sie sind während dieser Vorbereitungszeit bei Gerichten erster und zweiter Instanz, bei der Staatsanwaltschaft, bei Notarien, und außerdem bei Rechtsanwaltschaften mindestens auf die Dauer eines Jahres zu beschäftigen.“

Der Berichterstatter Abg. Lasker referirt über die Verhandlungen des Kommissionen und verliest eine Erklärung des Regierungs-Kommissars, wonach eine Lebensfrage bei diesem Gesetze für die Regierung die vierjährige Vorbereitungszeit ist. Der Justizminister erklärt, daß, wenn das Haus die Beschlüsse des Herrenhauses nicht acceptire, schon aus äußeren Gründen das Gesetz nicht zu Stande kommen werde. Das Herrenhaus habe sich in vielen Punkten den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angeschlossen, es differire mit denselben nur in dem einen Punkte, der Vorbereitungszeit. Er habe bereits früher die Gründe entwickelt, welche die dreijährige Vorbereitungszeit für die Regierung unannehmbar erscheinen lassen und er habe sachliche Gründe für die Herabsetzung der Vorbereitungszeit auf 3 Jahre weder gehört, noch bei weiterer Erwägung der Sache gefunden. Er habe bereits früher ganz bestimmt betont, daß die Regierung in der einjährigen Beschäftigung bei der Verwaltungsbehörde, nicht eine Vorbereitung für den Verwaltungsdienst, sondern für den Justizdienst erblicke. Es komme nur darauf an, daß die drei Examina besichtigt werden, alles Uebrige lasse sich im Wege des Reglements herbeiführen. Sollte die Regierung im nächsten Jahre mit dem Gesetzentwurf wieder vor den Landtag treten, so würde sie sich auf den Wegfall des zweiten Examins beschränken.

Der Abg. Gneist vertheidigt die Beschlüsse des Herrenhauses, Abg. Twesten sein Amendement.

Der Reg.-Komm. Dr. Friedberg erklärt, daß von 367 jungen Juristen nicht einer die Vorbereitung in drei Jahren zurückgelegt habe, nur wenige in 4 bis 4½ Jahren, die meisten erst in 5—6 Jahren. Gehe das Gesetz unter 4 Jahre zurück, so schädige dasselbe das Interesse der Justiz.

Abg. Waldeck: Das Verwaltungsjahr sei beendet und dürfe nicht wieder eingeführt werden. Das Herrenhaus habe sich damit einverstanden erklärt und dadurch habe die Frage der Zeit für ihn eine ganz andere Bedeutung gewonnen, als früher. Es sei daher wohl zulässig, das Gesetz in der Fassung des Herrenhauses anzunehmen. Es sei gut, daß das Gesetz zu Stande komme und deshalb stehe er auf dem Standpunkt des Kompromisses.

Abg. Lesje vertheidigt sein Amendement, indem

er die Hoffnung ausdrückt, daß, wenn die Regierung sich damit einverstanden erkläre, es auch das Herrenhaus thun werde.

Der Justizminister glaubt nicht, daß das Herrenhaus dem Antrage beitreten werde, denn es habe nur ein Mitglied desselben dafür gesprochen. Er habe sich zum Bewußtsein gebracht, daß der Erfolg der Gesetzgebung wesentlich davon abhängt, daß die Regierung vermittele, und es sei dadurch schon möglich geworden, daß eine große Reihe von Justizgesetzen die Zustimmung beider Häuser erlangt habe. Wende man dies auf den vorliegenden Fall an, so werde man nicht verkennen, daß die Regierung und das Herrenhaus außerordentliche Konzessionen gemacht haben.

Bei der Abstimmung werden die Amendements abgelehnt und der Gesetzentwurf in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Eine von dem Abg. v. Bonin (Genthin) beantragte Resolution, betr. die anderweitige gesetzliche Regelung der bestehenden Vorschriften über die Befähigung zu den höheren Ämtern der Verwaltung wird nach kurzer Diskussion angenommen.

Darauf wird die Beratung vertagt.

Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf Freitag 11 Uhr an, und setzt auf die Tagesordnung die Etats-Ueberschreitungen für 1866 und 1867, die Denkschrift über die Ausführung des Nothstandesgesetzes, den Antrag des Abg. Löwe wegen der Kartellkonvention mit Rußland u.

Wiedrum erhebt sich eine Debatte über die Tagesordnung, indem Abg. Graf Bethusy-Huc aus den bereits bekannten Gründen die Absetzung des Löwischen Antrages von der Tagesordnung abermals beantragt. Es sprachen dagegen die Abgg. Löwe, Waldeck und Birchow.

Das Haus beschließt die Absetzung dieses Antrages von der Tagesordnung.

Schlusß der Sitzung 3¼ Uhr.

## Deutschland.

**Berlin, 3. März.** Es ist Thatfache, daß ununterbrochen alarmirende Nachrichten aus den Donaufürstenthümern verbreitet worden sind und noch verbreitet werden. Diese Fälschungen haben nicht abgenommen, sondern in letzter Zeit eine immer größere Ausdehnung erhalten. Bald heißt es, daß preussische Offiziere und Unteroffiziere (letztere in der Zahl von 4000) dort eingetroffen seien, bald daß Rumänen gegen die Pforte und Ungarn zu gleicher Zeit rüfte, oder daß die rumänischen Truppen stoffelrömig gegen die ungarische Grenze aufgestellt, daß Banden über die Donau nach Bulgarien eindringen, bald daß neue Sendungen von Gewehren und Kanonen nach Rumänien unterwegs oder dort eingetroffen seien. Diese Fälschungen werden von dort aus fast nur an österreichische und französische Blätter geschickt, was auffallen muß. Man scheint mit der Einschickung in diese Blätter einen besondern Zweck zu verbinden und dann müssen diese Blätter auch eigenthümliche Verbindungen haben, denn sonst würden sie sich dergleichen Lügen nicht zuschicken und aufbinden lassen. An preussische Blätter sind dergleichen Fälschungen noch nie geschickt worden. Die rumänische Regierung hat nun, um diesen Fälschungen das Handwerk zu legen, Beobachtungen angestellt und es ist ihr auch, wie eine telegraphische Nachricht meldet, gelungen, die Mitglieder dieses Fälschungs-Komplots ausfindig zu machen, insofern namentlich ein Pole auf der frischen That ergriffen worden ist. Bei einem solchen Treiben ist es erklärlich, daß die unsinnigsten Nachrichten über Europa verbreitet werden, und es war nur ein ganz natürlicher Ausdruck des Unwillens, der bei allen Staatsmännern, denen der Friede Europas am Herzen liegt, hervorgerufen werden muß, wenn Graf Bismarck in der Debatte über die Sequestrations-Angelegenheit im Herrenhaus auch über dieses schmachliche Treiben sich aussprach, das darauf berechnet ist und zum Theil auch den Zweck erreicht, ganz Europa in ewiger Unruhe zu erhalten und in den Gemüthern eine fortwährende Besorgnis vor einer Friedensstörung zu nähren. Es scheint, das Publikum will sich nicht überzeugen, daß die betrügerischsten Mittel angewandt werden, um diese falschen Nachrichten in Umlauf zu setzen. Hoffentlich ist die Zeit nahe, wo sich die öffentliche Meinung überzeugen wird, welche frevelhaftes Spiel in dieser Beziehung getrieben wird. — Wie wir hören, stießen die Verhandlungen zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten wegen Abtretung der westindischen Inseln an letztere auf Schwierigkeiten. Auch dem dänischen Kriegsminister Raslöff, der sich nach Washington begeben hat, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen und den Vertrag zu Stande zu bringen, ist es bisher nicht gelungen, diesen Zweck zu erreichen. — Nach einer amtlich zusammengestellten Uebersicht des telegraphischen Verkehrs im norddeutschen Bunde während des vergangenen Jahres waren am Schlusß desselben vorhanden 3180 Meilen in Betriebe befindlicher Telegraphenlinien, 10,400 Meilen im Betriebe befindlicher Telegraphenleitungen und

993 Telegraphenstationen. Von letztern waren 237 mit Telegraphenbeamten besetzt, 683 mit Postanstalten combinirt und 73 von Privatpersonen verwaltet. Außerdem gab es noch 676 Eisenbahn-Telegraphenstationen an solchen Orten, wo sich nicht gleichzeitig Bundesstaatsstationen befinden. Am Schlusß des Jahres zählte man 2058 Telegraphen-Apparate. Bei den Staats-Telegraphen waren 3052 Beamte und 551 Boten und Hilfsboten beschäftigt. Im Laufe des Jahres wurden 4,304,600 telegraphische Depeschen ausgegeben und zwar 3,544,650 interne, 435,041 Vereins- und 324,909 internationale Depeschen. Es kamen 4,344,757 telegraphische Depeschen an, wurden 3,883,235 aufgenommen, 3,893,081 weiter telegraphirt und 1,049,083 übertragen, so daß die Gesamtsumme aller verarbeiteten Depeschen sich auf 17,474,756 beläuft. Davon sind Transitdepeschen ungefähr 432,000. Die erhobenen Gebühren für die internen Depeschen betrugen 918,984 Thlr., der Gebühren-Anteil für ausgegebene und angelommene Vereins-Depeschen 319,030 Thlr., für internationale Depeschen 597,474 Thlr. und für Transit-Depeschen 183,086 Thlr. — Die „Provinzial-Correspondenz“ bemerkt, daß der Schlusß des Landtages am Sonnabend vermutlich durch Sr. Majestät den König erledigt werde. Früher war, wie wir auch gemeldet haben, bestimmt, daß der König die Session in Person schließen werden. Wenn der frühere Beschluß rückgängig gemacht ist oder gemacht werden sollte, so würde dies seine Erklärung darin finden, daß die Zahl der noch anwesenden Landtagsmitglieder bereits jetzt schon sehr abgenommen hat und daß daher mit Rücksicht auf die Landtagsmitglieder der Schlusß einfach durch den Ministerpräsidenten vollzogen werden soll. — Die „Provinzial-Correspondenz“ drückt auch die Rede des Kultusministers, die derselbe bei Verhandlung der Breslauer Petition für konfessionslose Schulen gehalten hat ab, und bemerkt dazu, es sei aus derselben zu entnehmen, daß die Staatsregierung dem Wunsch des Hauses (der bekanntlich die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiehen hat) keine Folge geben kann. Wir können dem noch hinzufügen, daß es sich hierbei nicht um die Meinung des Kultusministers allein handelt, sondern daß die Erklärung desselben auf die Ansichten und Beschlüssen des Gesamt-Ministeriums fußt. — Bekanntlich hat der Präsident des Abgeordnetenhauses in der Sitzung vom 2. angezeigt, daß an die durch den Tod des bisherigen Bureau-Direktors Geh. Kanzleirath Bleich erledigte Stelle dem bisherigen ersten Registrator des Hauses Happel verliehen habe. Hierzu ist zu bemerken, daß nach der bestehenden Praxis die Beamtenstellen des Hauses während der Session von Seiten des Präsidiums besetzt werden, während in der anderen Zeit die Befugnisse des Präsidenten ruhen und die betreffenden Angelegenheiten vom Ministerium des Innern erledigt werden. Hätte die Befetzung der Stelle dem Ministerium obgelegen, so wäre sie übrigens gleichfalls auf Herrn Happel gefallen. — Es sind jetzt die Berichte über den Betrag der im vorigen Jahre zu Gunsten der evangelischen Diaspora abgehaltenen Kollekte fast als geschlossen anzusehen. Der Betrag ist etwa 98—99,000 Thlr. und fällt größer als bei irgend einer früheren Kollekte aus. Es ist anzunehmen, daß auf dieses Resultat die sich steigende Agitation zu Gunsten der katholischen Kirche und besonders die bekannte Ansprache des Papstes einen wesentlichen Einfluß geübt haben.

**Berlin, 4. März.** Sr. Majestät der König ließ sich, wie schon mitgeteilt, auch gestern Morgens mehrere neu instrumentirte Marsche unter Weiprechts Leitung vom Trompeterkorps des 2. Garde-Dräger-Regiments und dem Musikkorps des Garde-Füsiliers-Regiments im Palais vortragen, empfing hierauf den Kommandeur der 22. Infanterie-Division v. Gerstorff und den Regierungspräsidenten Baron v. Hardenberg aus Kassel, nahm dann die Vorträge des Geh. Cabinets-Rathes v. Mühlcr, des Hausministers v. Schleinich, des Geh. Hofrathes Bork u. entgegen und arbeitete Nachmittags, wie schon Tags zuvor, mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck; zum Diner waren geladen die sämmtlichen Präsidenten beider Häuser des Landtages, der Hausminister v. Schleinich, der ehemalige hannoversche Minister Windthorst und Graf Borries, der Regierungspräsident Baron v. Hardenberg, der Ober-Burggraf Graf zu Dohna-Schlöbitzen, der Legations-Rath v. Schöpler, die Generale v. Bogatz-Abetz, v. Mannstein, v. Gerstorff u. — Abends erschien der Königl. Hof in der Soirée des Kronprinzen.

**Dresden, 1. März.** Im Auftrage des Bischofs wurde beim Frühgottesdienste am Sonntag in der katholischen Hofkirche verkündet, daß befuß der am 11. April d. J. zu Rom stattfindenden Selbstd-Feier Sr. Heiligkeit des Papstes auch von den Dresdner Katholiken eine Adresse an den heiligen Vater abgebetet werden soll und dieselbe bis zum 7. März in der Sakristei der Hofkirche ausliegen wird, damit sich Jeder mit seiner Unterschrift daran beteiligen kann. Am 11. April nämlich feiert der Paps den fünfzigsten Jahrestag seiner



ersten heiligen Messe, die er vor einem Lustum an diesem Tage gelesen. Man sammelt zu diesem Behufe sowohl in Italien, wie außerhalb, fleißig zu einem Geschenk, welches dem Papst bei dieser Gelegenheit überreicht werden soll. Wie wir erfahren haben, wird Pius IX. der römischen Sitte treu bleiben, welche verlangt, daß er an diesem seinem Feste die heilige Messe in derselben Kirche lese, worin er seine erste abgehalten, umgeben von allen Mitgliedern seiner Familie. Es sind deshalb in der ganz kleinen Kirche zu „Santa Anna“ in Rom die nöthigen Vorbereitungen schon getroffen und es heißt, auch die noch lebenden Verwandten des Papstes, Brüder und Schwestern mit ihren Kindern, haben bereits die Einladung erhalten, zu jenem Feste nach Rom zu kommen. Ihr Wohnsitz ist Sinigaglia, wo sie nicht eben in den glänzendsten Umständen leben, da Pius gern Alles vermeidet, was ihm den Vorwurf des Nepotismus zuziehen könnte. Wir machen unsere katholischen Leser auf obige Adresse hiermit aufmerksam.

**Mugsburg,** 28. Februar. Dr. A. J. W. tenhöfer veröffentlicht in der „Allgemeinen Zeitung“ folgende Erklärung:

Wegen vorgerückten Alters und anhaltender Kränklichkeit habe ich der verehrlichen J. G. Cottaschen Verlagsanstalt die Bitte ausgesprochen, die Redaktions-Verantwortlichkeit der „Allgemeinen Zeitung“ auf jüngere Schultern zu legen, und meinem Wunsche ist willfahrt, was ich hiermit zur Anzeige bringe. Ohne meine fast 37jährige Verbindung mit der „Allgemeinen Zeitung“ zu lösen, ziehe ich mich in ein stilleres Arbeitsgebiet derselben zurück; zugleich, indem ich heute zum letzten Male unterzeichne, unseren verehrten Lesern für vieljähriges Vertrauen Dank sagend.

### Unslaud.

**Wien,** 3. März. In dem von dem Ausschusse des Reichsraths angenommenen Finanzgesetz sind die Ausgaben pro 1869 auf 299 Millionen, die Einnahmen auf 296 1/2 Millionen beziffert. Das Defizit von 2 1/2 Millionen soll durch Aufnahme einer schwebenden Schuld gedeckt werden. Der Ausschussbericht stellt eine Steigerung einiger Einnahmeposten in Aussicht.

**Paris,** 3. März. Im gesetzgebenden Körper gelangte heute ein Nachtrag zu den Dokumenten über den griechisch-türkischen Konflikt zur Vertheilung. Dem in der letzten Sitzung der Konferenz seitens des österreichischen Vorkämpfers, Fürsten Metternich, und des Vorsitzenden der Konferenz, de Lavalette, geäußerten Wunsche, daß auch etwaige künftige internationale Schwierigkeiten mittelst gemeinsamer Berathung gelöst werden möchten, sind sämmtliche Bevollmächtigte beigetreten.

**Paris,** 28. Februar. Ein eigenes Duell fand vorgestern Morgen auf belgischem Gebiete statt. Ein französischer Major schlug sich nämlich für Bismarck, und zwar gegen einen hannoverschen Obersten. Der französische Major ist der Graf v. Malartie, der eine hohe Stellung in Mexiko unter Maximilian inne hatte. Es ist der Nämliche, auf dessen Bitte sich der preussische Gesandte (Magnus), zu Gunsten Maximilian's bei Juarez verwandte. Der Streit entstand dadurch, daß der französische Major, der ein großer Freund von Bismarck ist, für dessen in Gegenwart des hannoverschen Obersten, dessen Namen unbekannt geblieben ist, Partei nahm. Am Freitag Abend begaben sich die beiden Gegner mit ihren Zeugen (der Herzog von Hamilton und ein Auditor des Staatsrathes waren die Malartie's und zwei hannoversche Offiziere die ihres Obersten) nach Belgien, wo sie sich, wie gesagt, vorgestern Morgen schlugen. Der Oberst hatte den Degen verweigert, da dieser in der hannoverschen Armee nicht Mode sei. Das Duell fand deshalb mit Pistolen statt. Graf Malartie schoß zuerst und die Kugel berührte das Ohr des hannoverschen Obersten, der einige Sekunden wie betäubt war. Er schoß alsdann, und Malartie stürzte zu Boden. Er hatte die Kugel in die rechte Seite erhalten. Die Wunde ist aber nicht gefährlich, da die Kugel auf ein Paket Bandhülse und Briefe stieß und zurückprallte. Der Verwundete konnte nach Paris gebracht werden.

Der offizielle „Armee-Moniteur“ enthält heute unter dem Titel: „Le Desarmement de la France“ (Die Entwaffnung Frankreichs) einen Artikel, der geradezu eine Verherrlichung des Krieges ist. Ihm zu Folge ist der Krieg „nothwendig“, weil das Völkerrecht in großer Gefahr ist, wenn es nicht vertheidigt wird. „Der Krieg ist“, wie dieses amtliche Blatt des Kriegsministers Niel sagt, „der natürliche Zustand der Nationen.“ „Ohne den Krieg“ — so meint der „Moniteur“, und hier drückt er eine Idee aus, die der Kaiser Napoleon kurz vor dem Ausbruche des italienischen Krieges zum Besten gab — „ohne den Krieg verwehlichen die Nationen und kommen herab.“ Nach dem „Moniteur“ giebt es da, wo der Waffenmensch fehlt, nur den Geldmenschen. Dem „Moniteur“ zufolge befördert der Krieg die Civilisation, den Handel, die Künste und Wissenschaften, und sie verdanken ihm ihre besten Eroberungen. „Frankreich“, so heißt es dann schließlich in dieser Auslassung, „hat keine ehrsüchtigen Begierden; es will die Ruhe und den Frieden Europas nicht stören, aber es wird auch nicht entwaffnen. Seine Waffen sind vollkommen, seine Arsenale sind gefüllt, seine Reserven eingübt, seine Festungen in gutem Zustande und seine Mobilgarde, welche für die Armee eine Stütze sein soll, ist in der Organisation. Sein Ruhm liegt in der Macht seiner Waffen; es wird nicht vergessen, was es diesen tapferen Truppen schuldet, und es wird in Europa den Rang bewahren, welchen es seinen Waffen verdankt. Sagt nicht, daß der Degen in die Scheide gestossen werden muß; der

Degen ist die Waffe der Ehre und der Pflicht, aber es giebt eine viel gefährlichere Waffe als den Degen, die mehr als dieser die Nationen und die Individuen kompromittirt, und diese Waffe, meine Herren Utopisten, ist Eure Feder.“ Den friedlichen Erklärungen gegenüber, welche die französische Regierung in der letzten Zeit erließ, ist dieses halb kriegerische Manifest in Niel's amtlichem Organe eine wunderliche Demonstration.

**London,** 1. März. General Grant empfing jüngst den nachstehenden Brief vom Grafen Bismarck in Erwidrerung eines Schreibens des Generals, worin dieser dem großen Staatsmann von Europa den ersten Band von Badaeu's „Life of General Grant“ übersandt hatte. Der Brief lautete folgendermaßen:

Geehrter Herr! Baron Gerolt hat mir ein mit Ihrer Widmung versehenes Exemplar der Geschichte Ihrer militärischen Laufbahn zugehen lassen. Ich beehre mich, Ihnen meinen herzlichsten Dank für die Uebersendung eines Werkes auszudrücken, welches mir den Genuß verspricht, den gigantischen Kampf, dessen Phasen ich zur Zeit mit unendlichem Interesse gefolgt bin, in einer gedrängten Form vor mir vorüberziehen zu lassen. Es wird mir zu immerwährendem Vergnügen und Stolz gereichen, daran zu denken, daß ich den nun offen vor mir liegenden Band den gütigen und sympathischen Gesinnungen desjenigen Mannes verdanke, welcher Bismarck und Richmond genommen hat. Mag der durch Sie wiederhergestellte Friede sowohl Ihrer Macht wie Ihrem Lande zum Segen gereichen, und mag der gegenwärtig zwischen uns stattfindende Austausch freundlicher Gesinnungen als eine gute Vorbedeutung für die Fortsetzung der zwischen Amerika und Deutschland so glücklich hergestellten Beziehungen sich erweisen. Ich zeichne, geehrter Herr, immer der Ihrige und sehr ergebene Bismarck.“

Ein furchtbarer Sturm, der am Sonnabend über Wick hereinbrach, hat auf dem Lande und zur See wieder beträchtliche Schäden angerichtet. Das Schiff „Clifton Hall“ von Sunderland strandete bei Hoy Head in Orkney, wobei ein Matrose ertrank, die übrige Besatzung aber gerettet wurde. — Die „Canadian“ von Dundee erlitt bei Brimsnes Schiffbruch, die Mannschaft bewirkte ihre Rettung. — Gestern war ein äußerst heftiges Schneegestöber eingetreten, wodurch der Straßen- und Eisenbahnverkehr gänzlich gehemmt wurde. Auch von Liverpool werden zahlreiche durch stürmisches Wetter veranlaßte Seemfälle gemeldet. Während der vergangenen Woche wurden 42 Schiffbrüche gemeldet, so daß der Monat Februar mit 480 abschließt.

Die Erbliste der Königin Victoria beläuft sich auf 385,000 Pfd. St. per Jahr. Diese Summe erhält sie jedoch nicht alljährlich auszubezahlt, wie aus der Natur der sechs Klassen hervorgeht: Klasse I. repräsentirt den allmonatlich in die königliche Privatschatulle gezahlten Betrag von 5000 Pfd. St. oder 50,000 Pfd. St. per Jahr; Klasse II. weist 131,260 Pfd. St. jährlich für Gehalte und Pensionen der gegenwärtigen und früheren Bediensteten des königlichen Haushalts; Klasse III. mit 179,500 Pfd. St. dient zur Deckung der königlichen Haushaltskosten; Klasse IV. dient fast ausschließlich zu wohltätigen Zwecken: von dem Gesamtbetrag 13,000 Pfd. St. werden 9000 Pfd. St. zu den sogenannten „Royal Bounty Grants“ verwendet, welche unter der Verwaltung des jedesmaligen Premier stehen, und bedürftigen Schriftstellern, Verwandten von verstorbenen Offizieren und um den Staat besonders verdienten Personen zu gute kommen. Von der nämlichen Klasse stammen auch die 2000 Pfd. St. jährlich her, welche der Bischof von Oxford als Lord-Großalmosenier an Almosen vertheilt; und ferner die Summe von 1200 Pfd. St. für Pensionen an bedürftige Damen, deren Vergeltung der Gemahlin des jedesmaligen Premier obliegt. Klasse V. umfaßt 385,000 Pfd. St. für Pensionen an verdiente Gelehrte und andere um das Vaterland besonders verdiente Personen. Die letzte Klasse mit 8040 Pfd. St. dient als Reservefonds für die vorhergehenden.

**Bukarest,** 3. März. Der ehemalige Telegraphendirektor Jalkojanu ist wegen Amtsmißbrauch und Mißhandlung zu zweijährigem Gefängniß, Verlust der Bürgerrechte und einem Schadenersatz von 2000 Dukaten verurtheilt.

### Pommern.

**Stettin,** 4. März. In der gestrigen unter dem Vorsitz des Herrn Lehmann abgehaltenen General-Berammlung des hiesigen Kredit-Vereins erstattete der Direktor Herr Köppen folgenden Geschäftsbericht pro 1868: Die Zahl der Mitglieder stieg von 645 auf 662, von denen 644 dem Verein „als eingetragene Genossenschaft“ beigetreten sind. Das Guthaben der Mitglieder steigerte sich von 36,681 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. auf 42,414 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf., darunter befanden sich 262 Volleinzahlungen à 100 Thlr. Die Vereinsschulden betragen am 31. Dezember v. J. an Darlehen 99,600 Thlr. 14 Sgr., an Spar-einlagen 43,637 Thlr. 3 Sgr. 7 Pf., an Geldern auf Konto-Korrent 48,630 Thlr., zusammen also 191,867 Thlr. 17 Sgr. 7 Pf. Hiervon werden verzinst 41,843 Thlr. à 5 pCt., 15,230 Thlr. à 4 1/2 pCt., 86,164 Thlr. à 4 pCt. und 48,630 Thlr. à 3 pCt. Der Reserve-Fonds betrug am 31. Dezember 1868 3467 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf., mithin das Gesamtvermögen des Vereins 45,682 Thlr. 9 Sgr. 10 Pf. oder 23,81 pCt. der angelegenen Gelder. Der Umsatz mit der Ritterschaftlichen Privat-

Bank auf Konto-Korrent betrug 204,230 Thlr., das Guthaben vlt. 1868 24,728 Thlr. 19 Sgr. Der Kassen-Umsatz belief sich auf 2,688,044 Thlr. 26 Sgr. 5 Pf. (in 22,903 Posten), der Saldo am 31. Dezember 1868 auf 5199 Thlr. 17 Sgr. 1 Pf. Auf Wechsel und Unterpfand wurden ausgeliehen 790,458 Thlr. 3 Sgr., dazu die ausstehenden Forderungen am 1. Januar 1868: 154,889 Thlr. 19 Sgr., macht 945,347 Thlr. 22 Sgr. Hiervon sind zurückgezahlt 742,304 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf., es verblieben demnach per ult. Dezember 1868 ausstehend 203,042 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf. Seit Eröffnung des Geschäfts am 1. Mai 1861 sind im Ganzen ausgeliehen 3,302,721 Thlr., davon kommen auf 1867 659,152 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. Die Zinseneinnahme betrug einschließlich 2572 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf. Vortrag aus 1867: 15,672 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf., die Zinsenausgabe 6107 Thlr. 26 Sgr., der Zinsenertrag pro 1869 3829 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf., bleibt an Zinsenkonto 5734 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf. Auf Provisionskonto wurden 101 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf. verdient. Hiervon gehen ferner ab an Geschäftskosten, Beitrag für die Anwaltschaft in Potsdam, Abschreibung auf Organisations-Konto und Gehälter 3651 Thlr. 10 Sgr., es verbleibt also ein Nettogewinn von 2185 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf., wovon 6 pCt. Dividende mit 1958 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. zur Vertheilung kommen und der Rest von 226 Thlr. 28 Sgr. dem Reservefonds zuzuführen soll, der dadurch die oben angegebene Höhe erreicht.

Nachdem hierauf der Bericht der Revisoren vorgelesen worden, wurde auf Grund desselben die Decharge pro 1868 erteilt und die Vertheilung der proponirten Dividende einstimmig genehmigt. — Schließlich fand die Neuwahl für 7 statutenmäßig und 2 freiwillig ausgeschiedene Ausschußmitglieder statt. Bei denselben wurden 122 gültige Stimmzettel abgegeben, so daß die absolute Majorität also 62 beträgt. Gewählt sind die bisherigen Mitglieder: Schmiedemeister W. Dreyer, Zimmermeister Leo Wolff, Bäckermeister Gottlob Redde, Kaufmann Rud. Lehmann, Böttchermester Julius Peters, Tischlermeister Aug. Kafenburg, Schneidermeister Insel und neu Hotelbesitzer Vode, in der demnachst zwischen dem Vergolder A. Brockhausen und dem Steinsegermeister Kleßch Statthaltern engeren Wahl Hr. Brockhausen. — Auf Antrag des Hrn. Kämmerling sprach die Versammlung durch Erheben von ihren Sätzen Herrn Direktor Köppen für die bisherige umsichtige Leitung der Vereins-Interessen und demnachst auch dem Ausschusse für seine Mithewaltung ihre Anerkennung aus.

Gestern fand im Gymnasium die mündliche Prüfung der Abiturienten statt. Es waren deren 14; davon wurden von dem mündlichen Examen wegen ihrer vorzüglichen schriftlichen Arbeiten dispensirt 5 (Gade, Hempel, Herr, Grafmann, v. Borries); die übrigen 9 erhielten gleichfalls das Zeugniß der Reife, und zwar mit dem Prädikat gut. Ihre Namen sind: Ritter, Zielmann, Sentius, Kappel, Schulze, v. Werder, Gadowitz, Steindorf, Räder.

In diesen Monate, um die Zeit des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs, findet noch ein größeres Avancement im Heere statt. Wie man hört, wird auch eine Anzahl Obersten zu Generalmajors befördert, ebenso finden Ernennungen zu General-Lieutenants und Generalen statt.

In Folge der Bestimmung, durch welche die Post-Unterbeamten die Pensionsberechtigung erlangen, erwerben dieselben damit zugleich die Befähigung, der Allgemeinen Wittwen-Versorgungsanstalt beitreten zu können. Eine Verpflichtung des Beitritts zur Wittwenkasse wird indessen für die Post-Unterbeamten, welche bei Erlangung der unwiderrücklichen Anstellung bereits verheiratet sind, hierdurch nicht begründet. Eben so wird dadurch, daß die zur Pensionsberechtigung gelangenden Post-Unterbeamten von weiteren Beiträgen zum Post-Armenfond befreit sind, nicht ausgeschlossen, daß in wirklichen Bedürfnisfällen ihnen auch ferner Unterstützungen aus dem Post-Armenfond erteilt, bez. für sie in Antrag gebracht werden sollen.

Der Andrang von jungen Leuten zum freiwilligen Eintritt in die Schiffsjungen-Abtheilung zu Kiel ist ein so starker, daß sowohl zu dem in der zweiten Hälfte des Monats April anberaumten Einstellungstermin als auch für das nächste Jahr der erforderliche Bedarf vollständig, für 1871 bereits zum großen Theil gedeckt ist. Nach Maßgabe der Aufnahmebestimmungen vom 1. Dezember 1866 müssen daher solche bereits angemeldeten Freiwilligen, welche am 1. Juli 1871 über 17 Jahr alt sind, gänzlich abgewiesen werden, da die für die Einstellungstermine der nächsten Jahre bereits notirten Expektanten zunächst einen Anspruch auf ihre Einberufung haben.

In der am nächsten Montag Abends 7 1/2 Uhr stattfindenden Monats-Versammlung des hiesigen „Gartenbau-Vereins“ findet u. A. auch die Wahl eines Vorstandesmitglied an Stelle des verstorbenen Schatzmeisters de Laferrière statt.

In der verfloffenen Nacht sank am Speicher ein mit ca. 87 Wispel Roggen beladener, von dem Steuermann Fr. Müller aus Ginstelbese geführter Kahn. Letzterer war vor einigen Tagen mit seiner Ladung von Schwerin hier angekommen, und hatte angeblich gestern früh einen Leck an dem Fahrzeuge bemerkt, der indessen vorläufig gestopft wurde. Es wurden bis gestern Abend noch 3 Wispel ausgeladen und während der Nacht vom Eigentümer der Ladung ein Mann zum Wasserpumpen auf dem Kahn stationirt. Ploßlich aber war die zufließende Wassermenge so groß, daß an eine Rettung der Ladung oder des Fahrzeuges

nicht mehr gedacht werden konnte und von den auf demselben befindlichen Personen verlassen werden mußte.

— Sr. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, die Veretzung des Korps-Auditeurs des 7. Armeekorps, Justiz-Rath Lindstedt zum 2. Armeekorps zu genehmigen.

**Neck,** 2. März. Die in der Bildung begriffene Gesellschaft der „Stettin-New Yorker Dampfschiffahrtlinie“ giebt bereits Lebenszeichen von sich, da dieselbe im hiesigen Orte schon einen Agenten für das Auswanderungsgeschäft engagirt hat. Die Errichtung dieser Linie wird in hiesiger Gegend gern gesehen und dürfte dieselbe aus diesen Landstrichen großen Zufluß haben, um so mehr, als man zu der Solidität, Reelleität und Intelligenz der Stettiner allgemein großes Vertrauen hat. — Demnach ist es nun aber auch an der Zeit, daß mit dem Projekt der Erbauung einer Eisenbahn zwischen Stargard und Schneidemühl über Zachan, Neck, Neuwedel u. behufs Abkürzung des Weges zwischen Stettin und Ostpreußen, Rußland, Polen u. energisch vorgegangen werde, da sich der Strom der Auswanderer aus gedachten Landstrichen auf Stettin lenken wird und eine Erleichterung im Transport beanspruchen kann. Eben so werden die Waarenbezüge aus Amerika nach Polen, Rußland, Ostpreußen ihre Richtung über Stettin nehmen. Und liegt der Gedanke nicht nahe, daß bei voraussichtlichem Gedeihen dieser neuen Schiffahrtlinien nicht bald noch andere Wasserverbindungen, z. B. mit Neu-Orleans, mit Spanien, Portugal u. werden errichtet werden? Es liegt demnach nicht bloß ein Gebot der Nothwendigkeit, sondern auch ein Gebot wichtiger Spekulation vor, den internen Verkehr mit Stettin in aller nur möglichen Weise zu erleichtern und das Prae zu gewinnen. — Vor einigen Wochen waren auch in unserm Orte die öfters in Zeitungen genannten Leute, welche sich mit dem Aufkaufen von Menschenhaaren befassen. Dieselben haben hier aber keine besondern Geschäfte gemacht, da unsere Jungfrauen, ungeachtet guter Offerten, nicht Haare gelassen, sondern sich diesen schönen Schmuck erhalten und zur Freude ihrer künftigen Ehegatten aufbewahrt haben.

### Bermischtes.

Berlin. (Es bildet ein Talent sich in der Stille.) Dieser Ausdruck des Dichters hat sich an einem hiesigen Barbier bewährt. Derselbe, in Königsberg i. Pr. geboren, hatte dort als Knabe schon entschiedenes Talent im Zeichnen an den Tag gelegt, auch kurze Zeit hindurch die dortige Akademie besucht, bis unglückliche Familienverhältnisse ihn veranlaßten, seine Vaterstadt zu verlassen und hier ein Handwerk zu erlernen. Diese Schicksalschläge hielten ihn jedoch nicht ab, für die Kunst zu leben; nach dem Tode Hildebrandt's kopirte er dessen Brustbild in Kreide, und da diese Arbeit nach dem Urtheile von Malern, welche er als Barbier bediente, sehr gelungen ausgefallen war, wandte sich der junge Mann an Ihre königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin mit der Bitte, ihr die qu. Kopie von dem Bilde des großen Meisters überreichen zu dürfen. Die Bitte wurde huldvoll gewährt, und nach einem, jetzt dem talentvollen Jüngling zugegangenen Schreiben des Hofmarschallamtes ist ihm nicht allein der unentgeltliche Besuch der hiesigen Akademie und der kostenfreie Unterricht berühmter Maler zugesichert, sondern ihm auch der Genuß von Freistellen in Aussicht gestellt worden. Dennoch wird der von allen Hilfsmitteln entblößte Held unserer Geschichte seine Profession vorläufig noch nicht aufgeben können und an sich die Erfahrung machen, daß nicht ohne Dornen der Pfad der Künstler ist.

### Börsen-Berichte.

**Stettin,** 4. März. Witterung: schön, klare Luft, Nachts Frost. Temperatur + 3° R. Barometer 28" Wind NW.

### An der Börse.

Metzeln behauptet, pr. 2125 Pfd loco gelber incl. 65-68  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , feiner bis 69  $\frac{1}{2}$ , ungar. schwerer verläufiger ger. 55-57  $\frac{1}{2}$ , besserer 58 1/2-61  $\frac{1}{2}$ , feiner 62-63 1/2  $\frac{1}{2}$ , bunter poln. 64-67  $\frac{1}{2}$ , weißer 66 bis 70  $\frac{1}{2}$ , 83-85 Pfd. gelb. Frühjahr 67 1/2-68  $\frac{1}{2}$  bez. u. Br., 67 1/2  $\frac{1}{2}$  Gd., Mai-Juni 68 1/2  $\frac{1}{2}$  bez., 68 1/2  $\frac{1}{2}$  Br. Roggen feiner, per 2000 Pfd. loco 49 1/2-50  $\frac{1}{2}$ , Frühjahr 49 1/2  $\frac{1}{2}$ , 50  $\frac{1}{2}$  bez., Mai-Juni 49 1/2  $\frac{1}{2}$ , 50 1/2  $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 50 1/2  $\frac{1}{2}$ , 51  $\frac{1}{2}$  bez. Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco Märker 49-50  $\frac{1}{2}$ , pomm. 46-48  $\frac{1}{2}$ , ungar. 38-46  $\frac{1}{2}$  bez. Hafer wenig verändert, pr. 1300 Pfd. loco 32 1/2 bis 34  $\frac{1}{2}$ , 47-50 Pfd. Frühjahr 33 1/2  $\frac{1}{2}$  bez., 33  $\frac{1}{2}$  Gd. Erbsen unverändert, pr. 2250 Pfd. loco Futter 55-56  $\frac{1}{2}$  bez., Koch 56 1/2-58  $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr Futter 55  $\frac{1}{2}$  Gd. Mais per 100 Pfd. loco 2  $\frac{1}{2}$  1 Sgr bis 2  $\frac{1}{2}$  6 Sgr bez. Winterweizen Septbr.-Oktbr. 79 1/2, 80  $\frac{1}{2}$  bez. Mühl fester, loco 10  $\frac{1}{2}$  bez., März und März April 9 1/2, 9  $\frac{1}{2}$  bez., April-Mai 9 1/2, 9  $\frac{1}{2}$  bez., 9 1/2 bez., 9  $\frac{1}{2}$  Gd., Septbr.-Oktbr. 10 1/2, 10  $\frac{1}{2}$  bez., u. Gd. Spiritus etwas fester, loco ohne Faß 14 1/2, 14  $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr 15 1/2, 15  $\frac{1}{2}$  bez., u. Gd., Mai-Juni 15 1/2, 15  $\frac{1}{2}$  bez., 15 1/2 Gd., Juli-Juli 15 1/2, 15  $\frac{1}{2}$  Gd., August-Septbr. 16  $\frac{1}{2}$  Gd. Regulirungspreise: Weizen 68, Roggen 49 1/2, Mühl 9 1/2, Spiritus 15.

**Ganz vorzügliche Mustern**  
empfehlen in und außer dem Hause  
**Gebr. Tessenhoff,**  
Kl. Domstraße 10.